

Aktuelles Stichwort: Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft – eine positive Bilanz

13. Januar 2021: Nach sechs Monaten endet turnusgemäß der deutsche Vorsitz des Rates der Europäischen Union, der geprägt war vom Kampf gegen die Auswirkungen der Corona-Pandemie.

Corona-Präsidentschaft

Die Erwartungen an die deutsche Ratspräsidentschaft waren hoch. Deutschland als politisches Schwergewicht mit einem gut vorbereiteten und erfahrenen Team weckte Hoffnungen auf wesentliche Fortschritte der EU. Nicht nur waren zahlreiche Gesetzesvorschläge angekündigt, mit den Verhandlungen um das Budget und den Brexit standen auch Grundsatzdebatten über die künftige Gestalt und Richtung der EU an. Durch die Corona-Pandemie musste Deutschland seine Agenda jedoch weitgehend umstellen. Die Eindämmung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Krise erhielt oberste Priorität. Zudem erschwerten Reise- und Kontaktbeschränkungen die Arbeitsabläufe erheblich. So war z. B. zeitweise nur ca. ein Drittel der angesetzten Ratstreffen überhaupt durchführbar.

Die großen Themen...

Trotz dieser völlig neuen Herausforderungen sind den Deutschen klare Erfolge gelungen. Die Mitgliedstaaten einigten sich nicht nur auf einen neuen Haushalt einschließlich eines Mechanismus für die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit. Es gelang zudem auch die Verabschiedung eines historischen Wiederaufbauprogramms, das u. a. erstmals Eigenmittel für die EU vorsieht. Auch in der Handelspolitik gab es Erfolge: Zum einen ist es unter der deutschen Ratspräsidentschaft gelungen, sich auf ein Handelsabkommen mit dem Vereinigten Königreich zu einigen. Zum anderen konnte die EU noch vor Jahresende eine grundsätzliche Einigung mit China zu einem umfassenden Investitionsabkommen bekannt geben.

...und die

Finanzmarktregulierung

Auch im Bereich der Finanzmarktregulierung können wichtige Ergebnisse vorgewiesen werden. So ist es der deutschen Ratspräsidentschaft gelungen die Verhandlungen zum sog. Capital Markets Recovery Package abzuschließen. In dem Paket wurden Änderungen im EU-Rechtsrahmen für Verbriefungen, Anlegerschutz (MiFID), Prospekte und Benchmarks vorgenommen, die den EU-Finanzmarkt stärken sollen. Zudem wurde die Debatte im Rat zur Bankenunion wiederbelebt und Schlussfolgerungen mit prioritären Maßnahmen zur Kapitalmarktunion verabschiedet. Allerdings mussten einzelne geplante Vorhaben Coronabedingt zurückgestellt werden. Themen wie die Bekämpfung von Geldwäsche und nachhaltige Finanzierung werden nun erst im neuen Jahr unter der portugiesischen Präsidentschaft angegangen. Auch die Umsetzung der Baseler Bankenstandards wurde verschoben. Eine zu frühe Umsetzung würde den Banken wichtige Mittel entziehen, die für den Wiederaufbau dringender benötigt werden.

Position des Bankenverbandes

Die privaten Banken begrüßen die Erfolge der Präsidentschaft. Deutschland hat erfolgreiches Krisenmanagement geleistet und wesentliche Fortschritte erzielt. Hierauf kann die nun startende portugiesische Ratspräsidentschaft aufbauen. Das neue Jahr verspricht insbesondere in der EU-Finanzmarktregulierung sehr arbeitsintensiv zu werden.

Kontakt:

Kolja Gabriel

Head of European & International Affairs

kolja.gabriel@bdb.de

Ute Schmaltz

Associate Director

ute.schmaltz@bdb.de

Schlagwörter:

EU

Ratspräsidentschaft

Wiederaufbau

Brexit

Bundesverband deutscher Banken e. V.

Avenue des Arts 56

1000 Brüssel

Telefon: +32 2 788 22 00

Telefax: +32 2 788 22 09

www.bankenverband.de